

Bericht über die Entwicklung in POLEN

April-Mai 1961

<u>I. Politische Ereignisse</u>	Seite: 1
1) Sejm-Wahlen	1
2) Die Zusammensetzung des neuen Sejm	8
3) Eröffnung der neuen Legislaturperiode	11
4) Katholische Abgeordnete vor dem Parlament	13
<u>II. Wirtschaft</u>	15
1) Außenhandel - Zentralproblem des neuen Fünfjahresplanes	15
2) Aufgaben der Landwirtschaft in kommenden Jahren	17
<u>III. Polen und das Ausland</u>	18
Warschau und Bonn	18

I. Politische Ereignisse

1) Sejm-Wahlen

Die Wahlen zum polnischen Parlament, die am 16. April stattfanden, unterschieden sich nicht wesentlich von denen, die in den letzten Jahren in anderen volksdemokratischen Ländern abgehalten wurden. Sie standen aber in krassem Gegensatz zu jenen Wahlen, die vier Jahre früher, im Januar 1957 in Polen durchgeführt wurden.

Die Situation war bei beiden Wahlen grundverschieden. Im Januar 1957 lebte ganz Polen noch unter dem Eindruck der Oktoberereignisse des vorhergegangenen Jahres. Die Hoffnungen auf eine weitgehende Demokratisierung des öffentlichen Lebens in Polen waren noch sehr groß. Die neuen Machthaber versprachen, dem neuzuwählenden Parlament solle eine wichtige Rolle zugebilligt werden.

Zwar wurde damals auch nach einer Einheitsliste gewählt, man hatte aber den neuen Tendenzen eine Konzession gemacht, indem man den Wählern gestattete, einige Kandidaten auf dem Wahlzettel zu streichen. War in einem Wahlbezirk die Zahl der zu wählenden Abgeordneten z.B. 5, so standen auf dem Wahlzettel 7-8 Namen. Der Wähler durfte also 2-3 ihm weniger sympathische Kandidaten streichen.

Auf den Kandidatenlisten standen die Namen der Vertreter von den drei zugelassenen Parteien (Kommunisten, Bauern und "Demokraten"), einige Katholische Kandidaten und eine ansehnliche Anzahl von parteilosen. An der Spitze der jeweiligen Wahlbezirksliste standen natürlich die Namen der prominenten Kommunisten, in seltenen Fällen die der Mitläufer von beiden Satellitenparteien. Der Rest teilte sich die weiteren Plätze.

Etwas zu spät fiel es der Parteiführung ein, was für eine gefährliche Waffe sie den Wählern in die Hand gegeben hatte. Es war nämlich leicht auszurechnen, daß die Wähler, würden sie durchweg nur kommunistische Kandidaten streichen, der Regierenden Partei eine Wahlniederlage bereiten könnten. Im neuen Sejm hätten die kommunistischen Abgeordneten keine Mehrheit mehr.

Die Stimmung im Lande ließ keinen Zweifel darüber, daß die Wähler von dieser Möglichkeit Gebrauch machen würden. Außer dem als Retter gefeierten GOMULKA und noch einigen von STALIN verfolgten Kommunisten waren die meisten KP-Kandidaten allgemeinverhaßt, und die Masse der Bevölkerung trachtete nur danach, ihre Herrschaft abzuschütteln.

Mancher hat noch gut in Erinnerung, welche verzweifolten Versuche GOMULKA damals machte, um den begangenen Fehler wiedergutzumachen. Er richtete dramatische Appelle an die Wählermassen, doch keine Namen von den Wahlzetteln zu streichen (in diesem Falle galten die ersten auf der Liste als automatisch gewählt), und da er seiner eigenen Autorität bei den Massen nicht traute, bat er die katholische Kirche um Unterstützung. Mit vereinten Kräften gelang es damals, die Gefahr abzuwenden, die dem Lande drohte. Die Sowjets hatten unumwunden erklärt, daß sie eine kommunistische Wahlniederlage in Polen nicht untätig hinnehmen würden. Von diesen dramatischen Tagen bleibt die Erinnerung, wie GOMULKA in Beantwortung der sowjetischen Drohungen seine Landsleute ermahnte, keine Streichungen vorzunehmen, wenn sie nicht wollen, daß "Polen von der Karte Europas gestrichen wird."

Die Wahl von 1961 verlief ohne jegliche Dramatik, obwohl auch ihre Vorbereitung und Durchführung nicht leicht war. Die Situation war jedoch nicht ungünstig. Das GOMULKA-Regime hatte viereinhalb Jahre Zeit, um sich zu konsolidieren. Die Partei überwand in dieser Zeit weitgehend die Zersplitterung in Fraktionen. Obwohl sie sich nicht gerade großer Beliebtheit unter der Bevölkerung erfreut, ist ihre Position viel stärker, als in der ersten Zeit nach dem Oktober 1956. Das Gespenst einer sowjetischen Intervention ist längst gebannt, GOMULKA und die meisten seiner Mitarbeiter sonnen sich in der Gunst des Kromlherrn.

Bei den Wählern zeigte sich keinerlei Interesse an den Wahlen, aber auch diese Tatsache konnte den regierenden Kommunisten nur zugute kommen. Es gab nichts, was die Leidenschaften der Wähler entzünden konnte. Die Hoffnungen auf die Demokratisierung des politischen Lebens sind längst begraben, die Politik blieb die ausschliessliche Domäne der Kommunisten. Obwohl viele Oktobererrungenschaften abgebaut wurden, blieben noch genug davon, um das Leben erträglicher zu machen: Relativ große persönliche Freiheit, etwas gelockerte wirtschaftliche Struktur und Wirtschaftspolitik und ein nicht zu verachtender Spielraum auf kulturellem Gebiete. In den Jahren, die beide Sejmwahlen trennten, konnten viele Polen mit eigenen Augen feststellen, daß es den Menschen in anderen Staaten des Ostblocks in vieler Hinsicht (allerdings nicht immer in materieller Hinsicht) viel schlechter geht.

Den wichtigsten Grund zur Unzufriedenheit liefert die materielle Lage der Massen. Da die Aussicht auf eine schnelle und wesentliche Verbesserung dieser

Lage nicht besteht, da die Massen schon längst eingesehen haben, daß mit Gewalt eine Erhöhung des Lebensstandards nicht herbeizuführen ist, verbreitete sich im Lande Apathie und eine gewisse Schicksals ergebenheit.

Vor vier Jahren hatten die Sejm-Wahlen etwas Faszinierendes an sich, weil die Wähler spürten, daß sie durch ihren Willensakt eine Änderung herbeiführen d.h. dem Sejm eine nicht kommunistische Mehrheit geben könnten. Seit 30 Jahren gab es in Polen keine Wahlen, die als frei zu bezeichnen waren und wirklich über etwas entscheiden konnten (1926 wurde in Polen die Pilsudski-Diktatur errichtet, unter der Sejm-Wahlen offensichtlich gefälscht wurden). Nun lag es am Wähler, eine Entscheidung herbeizuführen. Die Tatsache, daß diese Entscheidung verhängnisvolle Folgen haben konnte, erhöhte nur die Faszination, die diese Wahlen ausstrahlten.

Am 16. April 1961 gab es kaum etwas, das die Regierenden in Unruhe bringen konnte. Und die Wähler gingen in die Wahllokale mit dem Gefühl, einen von ihnen verlangten Akt zu vollbringen, der lästig und völlig bedeutungslos ist. Obwohl die Wähler den Wahlvorbereitungen völlig uninteressiert gegenüberstanden und die allgemeine Stimmung im Lande bei den Kommunisten keine Befürchtung aufkommen ließ, hieß es für die Regierenden doch, jedes Risiko von vorne an auszuschließen. Das warf eine Reihe von politischen und technischen Problemen auf.

Die Kommunisten mußten dafür Sorge tragen, daß die Bevölkerung die Kandidaten wählt, die ihr von der Nationalen Front präsentiert wurden und daß sich die Massen tatsächlich an der Wahl beteiligten. Die Aufgabe war nicht leicht zu lösen, weil man nicht auf die Wahlmethoden der stalinistischen Periode zurückgreifen durfte: fertige Abgeordnetenlisten in jedem Wahlbezirk und administrativer Druck zur Erreichung der hohen Wahlbeteiligung.

Schon im Herbst vorigen Jahres begann in Polen und bei ausländischen Beobachtern das Rätselraten: Welche Wahlordnung würde das Regime den Wählern vorgelegen? Dürfte man Kandidatennamen streichen oder nicht? Dieses Problem wurde von den Kommunisten geschickt gelöst. Die Zahl der Wahlbezirke wurde verkleinert, wodurch die Zahl der auf jeden Wahlbezirk entfallenden Abgeordneten wuchs und nun fünf bis sieben betrug. Nun wurde für jeden Wahlbezirk eine Kandidatenliste aufgestellt, die einen oder höchstens zwei Namen mehr hatte, als die Zahl der zu wählenden Abgeordneten. Während bei den Wahlen vom Jahre 1957 die Zahl der Kandidaten um etwa ein Drittel die Zahl der zu wählenden Abgeordneten überstieg, war sie diesmal nur um ein Sechstel bis ein Viertel größer.

An das Ende der Liste setzte man meistens Namen von kleinen Betriebs- oder Parteiaktivisten, die nur einem sehr engen Kreis der Wähler bekannt waren und offensichtlich dazuprovozieren sollten, von den Wählern gestrichen zu werden. Sollten sie jedoch entgegen aller Erwartung gewählt werden, weil die Wähler die Namen der Prominenz von der Spitze der Liste strichen, war dem Sejm trotzdem eine kommunistische Mehrheit gesichert.

Das zweite Problem war, genug Wähler an die Wahlurnen zu bringen. Dieses Problem war schwierig, weil man immer damit rechnen mußte, daß die Wähler dem ziemlich laschen Druck der Wahlpropaganda nicht nachgeben würden. Eine niedrige Wahlbeteiligung hätte aber das Regime vor Augen der Öffentlichkeit im In- und Ausland kompromittiert. Hier wußte man offensichtlich kein Patentmittel. In den Städten konnte man sich darauf verlassen, daß die Wahlen von der Bevölkerung als eine Routinesache betrachtet würde, und das man mit wenig Überredungskunst den erwünschten Erfolg erreichen könnte. Das eigentliche Problem war das flache Land mit seinen Millionen von störrischen Bauern, die kaum von Parteiaktivisten dazu bewegt werden konnten, ihre Bürgerpflicht zu erfüllen, schon alleine deswegen, weil es auf dem Lande nur verschwindend wenig Parteiaktivisten gibt. Hier gibt es nur eine Institution, die genug Autorität besitzt, um die Bauern zu beeinflussen: Die katholische Kirche. Aber die Beziehungen zwischen der Partei und Kirche haben sich in letzten Jahren langsam und systematisch verschlechtert, zuletzt durch das vor einigen Monaten beschlossene Verbot des Religionsunterrichtes in den Schulen. Gleich zu Beginn der Wahlkampagne sorgte der Parteichef GOMULKA für eine Trübung der Verhältnisse zur Kirche, indem er die Spitze der katholischen Hierarchie in Polen der Vatikan-Hörigkeit bezichtigte, die mit einer loyalen Einstellung zum Staate nicht zu vereinbaren sei. Zunächst blieb also die Frage der Sicherung einer hohen Wahlbeteiligung auf dem Lande offen.

Die Wahlkampagne wurde ca. 6 Wochen vor den Wahlen durch die Veröffentlichung eines Aufrufes der Nationalen Front eröffnet. Dieser Aufruf enthielt kein eigentliches Wahlprogramm, sondern hob die wirtschaftlichen Erfolge der letzten 5 Jahre hervor und stellte eine noch intensivere Entwicklung der Wirtschaft in Aussicht. Die Frage wie sich dieser Fortschritt auf die materielle Lage des einzelnen Menschen in Polen auswirken wird, wurde indes kaum beantwortet.

Der Höhepunkt der Wahlkampagne bildeten mehrere Großkundgebungen mit dem Parteichef GOMULKA. Am 18. März sprach er so vor der Bevölkerung Warschaus. Schwerpunkte seiner Ausführungen waren die Probleme des angelaufenen Fünfjahresplanes (1961-65). Nur ein Viertel der Rede widmete er anderen Fragen. So der Einheit des sozialistischen Lagers, und dem zum ersten Mal deutlich formulierten Verlangen, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik eine Vorbedingung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bonn sei. Zum Schluß beschuldigte er die katholische Hierarchie in Polen, sie trage die Verantwortung für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Polen.

Am 9. April erschien GOMULKA gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Bauernpartei, Stefan IGNAR, in Posen auf einer Wahlveranstaltung für Bauern und "Dorfaktivisten". GOMULKA legte großes Gewicht auf die Anstrengungen des Staates, das allgemeine Niveau der Landwirtschaft in Polen zu heben und die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Er hob hervor, daß Staat und Partei von den Bauern ein aktives Mitwirken erwarten. Bauern, die sich aus Rückständigkeit oder aus bösen Willen weigern sollten, die modernen landwirtschaftlichen Arbeitsmethoden einzuführen, würden dazu mit administrativen Mitteln gezwungen. In krassesten Weigerungsfällen würde man auch vor einer Enteignung nicht zurückschrecken, allerdings soll dann eine Entschädigung gezahlt werden. Auf eine weitere Frage versicherte GOMULKA den Bauern, daß die Bauernzirkel "weder jetzt noch in Zukunft" in Kolchosen umgewandelt würden, es sei denn, daß die Interessierten sich das selbst wünschten. Auch vor den Bauern wiederholte GOMULKA, daß Bonn nur dann einen Botschafter nach Warschau schicken dürfe, wenn die jetzige Westgrenze Polens anerkannt sei.

Am 13. April, drei Tage vor den Wahlen, stellte sich der Parteichef dem Arbeiteraktiv seines Wahlbezirkes in Warschau vor und beantwortete Fragen. Für die Haltung GOMULKAS war sehr bezeichnend, daß er auf die Fragen nach möglichen Lohnerhöhungen in diesem Jahre oder der Herabsetzung des Pensionsalters für Frauen keine Hoffnungen machte und die Möglichkeit dieser Verbesserungen bestritt. Auch während der Wahlkampagne blieb GOMULKA seinem Vorsatz treu, der Bevölkerung keine falschen Hoffnungen auf eine baldige Verbesserung der materiellen Lage zu machen. Unmißverständlich stellte er fest, daß Lohnerhöhungen nur durch gesteigerte Arbeitsproduktivität erreicht werden können.

Am 19. April veröffentlichte die Staatliche Wahlkommission die Ergebnisse der Parlamentswahlen. Aus diesem Kommuniqué ging hervor, daß die Kommunisten zwei unbestrittene Erfolge erzielt hatten, aber gleichzeitig auch einen gewissen Prestigeverlust hinnehmen mußten.

Als Erfolg muß man bezeichnen, daß 95 % der Wahlberechtigten an den Wahlen teilgenommen haben. Über 98 % der abgegebenen Stimmen waren gültig. Diesen Erfolg verdankt der Parteichef der Tatsache, daß der von ihm in letzter Zeit so oft getadelte hohe Klerus ihm eine indirekte Wahlhilfe geleistet hat. Die meisten Bischöfe undarrer erschienen in den Wahllokalen und forderten mit dieser Geste die Massen der Gläubigen auf ihnen zu folgen. Ein demonstratives Fernbleiben von den Wahllokalen hätte dem Regime die Argumente in die Hand gegeben, die Kirchleitung sei nur ein Werkzeug des Vatikans und stehe der heutigen Wirklichkeit in Polen feindlich gegenüber. Kardinal WYSZYNSKI und die Mehrzahl der polnischen Kirchenfürsten hielten eine solche Demonstration für unzweckmässig und der Sache der Kirche in Polen nicht dienlich. Daß allerdings unter dem polnischen Episkopat in dieser und anderen taktischen Fragen keine Übereinstimmung herrschte, bewies die Tatsache, daß nicht alle Bischöfe ihrer Bürgerpflicht nachgingen. Der Ordinarius der Kieler Diözese, Bischof Czeslaw KACZMAREK, gilt als Kopf der "Unversöhnlichen".

Der zweite Erfolg der Kommunisten bei den Wahlen ist die Tatsache, daß in allen Wahlbezirken die Kandidaten gewählt wurden, die an den ersten Stellen der Liste standen, es fielen nur diejenigen durch, die auf den sowieso aussichtslosen letzten Plätzen placiert waren. Mit anderen Worten: Die überwiegende Mehrheit der Wähler machte von dem ihr zustehenden Recht, Kandidatennamen zu streichen, keinen Gebrauch.

Gleichzeitig aber erlitten die führenden Kommunisten in Polen eine empfindliche Prestige einbusse, weil sie unter den Gewählten die wenigsten Stimmen bekamen, obwohl sie an der ersten Stelle der Wahlliste standen. In jedem Wahlbezirk fanden sich ein paar Tausend Wähler, die ihre Abneigung gegen die führenden Kommunisten und Mitläufer durch Streichung der ersten Namen demonstrierten. Aus den veröffentlichten Wahlstatistiken geht hervor, daß der Unterschied zu den Spitzen der anderen Parteien zwar nur 0,5 % der gültigen Stimmen ausmacht, das reichte aber aus, um einen optisch peinlichen Eindruck zu vermitteln.

So fiel z.B. der als zweiter Mann im Staate geltende Zenon KLISZKO, engster Vertrauter GOMULKAs, vom ersten auf den vorletzten Platz. Nicht besser erging es dem als "Nr. 3" bezeichneten polnischen Ministerpräsidenten, Jozef CYRANKIEWICZ, der in seiner Geburtsstadt KRAKAU ebenfalls auf den vorletzten Platz rutschte. Das gleiche Schicksal teilten die meisten Politbüromitglieder, Minister und Wojewodschaftsschreftäre der Partei. Es gab auch Ausnahmen. Parteichef GOMULKA erhielt in seinem Warschauer Wahlbezirk die meisten Stimmen, was bestätigt, daß er trotz der vielen Enttäuschungen bei den Massen noch immer ein hohes Prestige besitzt, was aus dem Glauben an seine persönliche Rechtschaffenheit und seine Sorge um das Wohlergehen der Polen resultiert. Man hält ihn in der gegebenen Situation für den einzigen akzeptablen Lenker der Geschichte Polens.

Ein zweiter prominenter Kommunist, der seinen ersten Platz auf der Wahlliste seines Bezirkes halten konnte, war der Verteidigungsminister, General Marian SPYCHALSKI. Von ihm weiß jeder in Polen, daß er in der Stalinistischen Zeit jahrelang inhaftiert war und von seinen eigenen Genossen schwer mißhandelt wurde. Die Kenntnis dieser Tatsache genügte, um ihm die Sympathien der Massen zu sichern. Ein dritter führender Kommunist Polens, der an der Spitze der Liste blieb, war unerwartet der Staatspräsident Aleksander ZAWADZKI, der in einem polnischen Kohlengrubenbezirk am Rande Oberschlesiens kandidierte. Dieser Bezirk galt im Vorkriegspolen immer als ausgesprochen linksradikal, dort gab es eine der wenigen Bastionen der KPP. ZAWADZKI ist dort geboren und dort war er der erste Verwaltungschef (Wojewode) nach dem letzten Kriege. Seine Beliebtheit dort mag also als ein Akt des Patriotismus betrachtet werden.

Die Gunst der Wähler geht manchmal seltsame Wege und wird manchmal Menschen gewährt, die sie nicht verdienen und umgekehrt. Ein Beispiel dafür dürfte der Fall Wladylaw BIENKOWSKI sein. Dieser Mann, der mit GOMULKA vor 13 Jahren aus der Partei ausgestoßen und nationalistischer Abweichung bezichtigt wurde, ist einer der wirklich liberalen Menschen unter den prominenten Kommunisten Polens. Er überwarf sich mit GOMULKA, weil er dessen Abkehr vom Oktober 1956 nicht billigte. Er wurde in das neue ZK der Partei nicht gewählt und büßte seinen Ministerposten in der Regierung ein. Es ist bezeichnend für GOMULKA, daß er BIENKOWSKI nicht in der Vergessenheit verschwinden ließ, sondern ihn in einem Wahlbezirk auf den ersten Platz der Liste stellte. Der Intellektuelle BIENKOWSKI, für die meisten Wähler dieses überwiegend landwirtschaftlichen Bezirkes unbekannt, fiel auf den letzten, siebten Platz. Denjenigen, die seinen Namen strichen genügt die Tatsache, daß er als Mitglied der PZPRR aufgestellt wurde und den ersten Platz auf der Kandidatenliste bekam.

Wenn auch der Prestigeverlust durch das Abrutschen der kommunistischen Prominenz auf die hinteren Plätze für die Partei nicht gerade angenehm war, so wurde das im allgemeinen gelassen hingenommen. Die Parteiführung weiß, daß die Mehrzahl der Bevölkerung den Kommunismus ablehnt und, mit wenigen Ausnahmen, von der kommunistischen Prominenz in Polen nicht vielhält. Wenn man diese Tatsache in Rechnung zieht, kann man GOMULKA und seine Umgebung verstehen, daß sie mit dem Ergebnis der Sejm-Wahlen zufrieden waren.

Auch gut orientierte Menschen in Polen wären nicht imstande, eine Antwort auf die Frage zu erteilen, ob das veröffentlichte Wahlergebnis den Tatsachen entspricht oder die Zahlen "frisirt" wurden. Gegen die letzte Vermutung spricht jedoch eine wichtige Überlegung: Hätte man Stimmen gefälscht, um ein noch weit unerfreulicheres Wahlergebnis zu vertuschen, so hätte man die Zahlen so weit korrigieren können, daß die Prominenten auf ihren ersten Plätzen blieben. Da man sich aber nicht scheute, ein nicht gerade schmeichelhaftes Bild der Öffentlichkeit zu zeigen, liegt die Vermutung nahe, daß die veröffentlichten Zahlen echt sind. Im übrigen könnte man sich kaum eine Situation vorstellen, in der die Öffentlichkeit erfährt, daß CHRUSCHTSCHOW, ULBRICHT oder NOVOTNY auf den Einheitslisten die wenigsten Stimmen erhalten hätten. Die Veröffentlichung der Zahlen der Polnischen Wahlkommission spricht unbedingt für die unterlegene polnische Parteiprominenz, oder vielmehr für den Parteichef GOMULKA, der in dieser Angelegenheit sicherlich das letzte Wort gesprochen hat.

2) Zusammensetzung des neuen Sejm in Warschau

Zur Orientierung über das neue Parlament ist es nützlich, folgende Zahlen zu kennen (in Klammern entsprechende Zahlen für die Wahlen im Jahre 1957).

Zahl der Kandidaten	616	(713)
Zahl der gewählten Abgeordneten	460	(459)
davon:		
Pol. Vereinigte Arbeiterpartei	255	(239)
Bauernpartei	117	(119)
"Demokratische Partei"	39	(39)
parteilose	34	(49)
kath. Abgeordnete	15	(13)

Die letzte Position "Katholische Abgeordnete" muß näher erläutert werden. In den Sejmen der stalinistischen Zeit (1947-52 und 1953-57) gab es nur Vertreter der regimehörigen PAX-Gruppe, die sich damals "fortschrittliche Katholiken" nannten. Ihre Zahl betrug im ersten Nachkriegs-Sejm 5, im zweiten 4 Abgeordnete. Bekannterweise nahm der PAX-Führer, Boleslaw PIASECKI, während des Oktoberumschwunges 1956 eine prosovjetiche und GOMULKA-feindliche Haltung ein. Infolgedessen distanzierte sich die Mehrzahl der damaligen PAX-Vertreter im Sejm von PIASECKI und verließ diese Organisation. Sie wurden dann für die Wahlen 1957 als parteilose katholische Kandidaten aufgestellt und gewählt. Die PIASECKI-treuen PAX-Leute erhielten kein Abgeordnetenmandat im 1957 gewählten Sejm.

Die PAX-Abtrünnigen Katholiken bildeten aber nicht das Gros der katholischen Abgeordneten. GOMULKA arrangierte sich mit dem Kardinal WYSEYNSKI, daß dieser seine eigenen Kandidaten vorschlägt, und man einigte sich auf 9 Namen. Alle diese Leute wurden auch gewählt und bildeten die sogen. "Znak"-Gruppe im Sejm ("Znak" = "Zeichen" - so hieß der Titel einer Zeitschrift, die von der "Kardinalgruppe" herausgegeben wurde). Einer von den gewählten Ex-Paxisten Dr. Jan FRANKOWSKI, bildete eine eigene Gruppe - die Christlich Soziale Gesellschaft und fungierte als Vertreter dieser Gruppe im Parlament. Die übrigen suchten sich der "Kardinal-Gruppe" anzuschließen. Unter den 13 katholischen Abgeordneten des letzten Sejm gab es also drei Schattierungen: Die kardinaltreuen "Znak"-Abgeordneten, eh maligen Paxisten, die sich ihnen anschließen wollten (aber nicht formell in die Kardinal-Gruppe aufgenommen wurden) und einen "Christlich-Sozialen".

Die Zahl der katholischen Abgeordneten im neuen Sejm, der vor wenigen Wochen seine erste Sitzung abhielt, beträgt 15. Diese Zahl entsteht aus der Summierung der drei Gruppen, von denen jede 5 Abgeordnete zählt.

Zuerst sei hier die Kardinal-Gruppe "Znak", die nun nur aus fünf Mann besteht, erwähnt. Unter ihnen hat der Abgeordnete ZAMIEYSKI den höchsten Rang, weil er (wie in der früheren Legislaturperiode) zum Mitglied des Staatsrates gewählt worden ist. Der bedeutendste dieser Abgeordneten ist aber Dr. Stanislaw STOMMA.

Die PAX-Gruppe ist im neuen Sejm wieder mit 5 Abgeordneten vertreten. An der Spitze dieser PIASECKI-treuen Prätorianer steht sein Stellvertreter

Herzy HAGMAYER, der schon seit fast 30 Jahren PIASECKI nahesteht, und dem auch politische Gegner einen hohen Grad der persönlichen Integrität bezeugen, die sich aber nicht mit politischer Begabung paart.

Die letzte katholische 5-Mann-Gruppe besteht aus Mitgliedern der schon erwähnten Christlich Sozialen Gesellschaft, an deren Spitze der Abgeordnete Jan FRANKOWSKI steht. Diese Gruppe ist die unbedeutendste, sowohl in Hinsicht auf ihren Einfluß als auch auf die Qualität ihrer Vertreter.

Die Zusammenstellung der 15 katholischen Abgeordneten zeigt deutlich die Absicht des Regimes, die Kommunisten können auf alle eventuellen Einwendungen antworten, daß die Gesamtzahl der Katholiken im neuen Sejm größer sei, als im letzten. Indes kann man nur 5 von ihnen als die wirklichen Vertreter der polnischen Katholiken betrachten. Es sind die Leute, die zur Kardinalgruppe gehören. Gerade diese Gruppe wurde aber im Vergleich zu der Zahl ihrer Vertreter im alten Sejm halbiert.

Die PAX-Organisation ist eine gut geführte Interessengemeinschaft, die in der stalinistischen Zeit ihre zahlreichen Privilegien mit einer absoluten Hörigkeit dem damaligen Regime gegenüber bezahlte. GOMULKA konnte sich nicht entschliessen diese Gruppe nach dem Oktober 1956 zu zerschlagen (was ihm viele damals geraten haben), weil man PAX im Falle eines Konfliktes mit der Kirche als eine Diversionsgruppe benutzen konnte. Zu dieser Rolle ist PAX auch gut vorbereitet, weil sich die Organisation in der stalinistischen Zeit darauf spezialisiert hat. Auf dieses Werkzeug wollte GOMULKA nicht verzichten, obwohl er aus seiner Abneigung gegen diese EX-Faschisten niemals einen Hehl gemacht hatte. Dieser unüberwindlichen Abneigung gegen Leute, die ihm noch dazu im Oktober 1956 in den Rücken fallen wollten, gab GOMULKA vor ein Paar Monaten genügend Ausdruck, als er PIASECKI und seine engsten Mitarbeiter zu einem "Gespräch" bestellte, das abermehr einem Befehlsempfang zu gleichen schien, wenn man gut informierten Quellen Glauben schenken kann.

GOMULKA bewilligte PIASECKI 5 Sejm-Abgeordnete (Pax beanspruchte eine viel höhere Zahl), aber gleichzeitig ordnete er an, die zahlreichen wirtschaftlichen PAX-Unternehmen höher als bis jetzt zu besteuern.

PIASECKI muß sich diese Behandlung gefallen lassen, weil er nicht, wie früher an mächtige sowjetische Gönner appellieren kann und eine Aussöhnung mit dem Episkopat unmöglich ist.

Die von FRANKOWSKI geführten Christlich-Sozialen hatten sicherlich vor einigen Monaten nicht geträumt, daß sie im neuen Sejm in gleicher Zahl vertreten sein werden wie "Znak" und "PAX". Sie vertreten weder die Massen der Gläubigen wie "Znak", noch besitzen sie einen gut funktionierenden wirtschaftlichen und organisatorischen Apparat wie "PAX". Sie hängen völlig in der Luft und verdanken ihre Existenz nur einer günstigen Konjunktur. Die Kommunisten begrüßen die Existenz noch einer Splittergruppe unter den Katholiken, weil sie aus der Spaltung des Katholischen Lagers Profit schlagen.

Beide Satellitenparteien (Bauernpartei und Demokratische Partei) sind im neuen Sejm ungefähr so stark vertreten wie im vorigen. Die Zahl der kommunistischen Abgeordneten hat sich etwas vergrößert, und zwar vor allem auf Kosten der Parteilosen. Ihre Zahl verringerte sich fast um ein Drittel. Die "ungeordneten Verhältnisse" der ersten Zeit nach dem Oktober 1956 begünstigten das Erscheinen einer relativ hohen Anzahl von parteilosen Abgeordneten im Sejm. Die Partei fühlte sich damals sehr schwach, sie suchte überall nach Verbündeten, die nicht mit dem Odium des kommunistischen Parteibuches belastet waren und so die Wähler an die Wahlurnen ziehen konnten. Heutzutage glaubt die Partei, auf solche Stützen nicht mehr in gleichem Maß angewiesen zu sein.

3) Eröffnung der neuen Legislaturperiode

Am 16. Mai versammelten sich die Abgeordneten des neuen Sejm zur ersten Plenarsitzung des Parlaments. Der bisherige Vorsitzende der Kammer, der farblose Bauernpolitiker Czeslaw WYCECH, wurde wiedergewählt. Zu seinem Stellvertreter kürte der Sejm (ebenfalls wie früher) Zenon KLISZKO, den GOMULKA am nächsten stehenden Mann aus der Parteispitze.

KLISZKO wurde in den vergangenen Jahren als der eigentliche Regisseur des Sejm betrachtet und diese Rolle wird er zweifellos auch im neuen Parlament spielen.

Auf Antrag des Abgeordneten Wladyslaw GOMULKA wählte der Sejm Aleksander ZAWADZKI zum Vorsitzenden des Staatsrates (Staatsoberhaupt) und Jozef CYRANKIEWICZ zum neuen Ministerpräsidenten. In seiner kurzen Ansprache hob der Parteichef hervor, daß die beiden Genossen die Posten seit langem schon innehaben (ZAWADZKI seit 8, CYRANKIEWICZ seit 14 Jahren) und bei der Ausübung ihrer Funktionen große Verdienste erworben haben.

Der anschliessend gewählte Staatsrat besteht aus 17 Mitgliedern (früher 15), seine Zusammensetzung änderte sich nur unwesentlich.

Bei der zweiten Sejm-Sitzung stellte der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ der Kammer die Mitglieder seines neuen Kabinetts vor. Auch hier gab es so gut wie keine Veränderungen. Die einzig erwähnenswerte Umbesetzung besteht darin, daß der bisherige Leiter des Amtes für Kirchenfragen, Jerzy SZTACHELSKI, das Ministerium für Gesundheitswesen übernahm, das er schon vor Jahren leitete. Politische Hintergründe werden bei dieser Umbesetzung in Warschau kaum vermutet, SZTACHELSKI soll auf eigenen Wunsch in das Gesundheitswesen zurückgekehrt sein. Das Amt für Kirchenfragen bleibt zunächst noch unbesetzt.

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ war nach dem gleichen Schema aufgegliedert, wie die erste Wahlrede GOMULKAS vom 18. März: Das Aufzählen des bis jetzt auf wirtschaftlichem Gebiet Erreichten, die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden 5 Jahren mit besonderer Betonung der Notwendigkeit, den Außenhandel Polens auszubauen, Polens Rolle im "Friedenslager". Fast ein Viertel seiner Erklärung widmete der polnische Ministerpräsident der deutschen Frage. Er erklärte sich mit der Äußerung GOMULKAS identisch, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Bonn sei nur nach der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze möglich.

In eingeweihten Kreisen Warschaws spricht man davon, daß in den letzten Monaten die Ansichten des Partei- und des Regierungschefs in dieser Angelegenheit nicht immer übereinstimmten. CYRANKIEWICZ soll eine Zeitlang gegen die Verkoppelung dieser zwei Fragenkomplexe opponiert haben. CYRANKIEWICZ argumentierte, daß die bisherige ablehnende Haltung Bonns sich bei einem eventl. Regierungswechsel ändern könnte. Wenn Warschau aber auf einer de-jure-Anerkennung der Grenze bestünde, würden die Möglichkeiten einer Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik hoffnungslos verbaut, denn diese Anerkennung sei auch von einer anderen Regierung vorläufig nicht zu erwarten.

CYRANKIEWICZ konnte sich mit seiner Meinung nicht durchsetzen. GOMULKA wich nicht zurück. Er stand dabei offensichtlich unter dem Einfluß Moskaus, das kein wirkliches Interesse an der Normalisierung zwischen Bonn und Warschau hat und CYRANKIEWICZ mußte kapitulieren.

4) Katholische Abgeordnete vor dem Parlament

Nach der Regierungserklärung CYRANKIEWICZs meldeten sich die Vertreter der offiziellen politischen Parteien zu Wort. KLISZKO (PEPR), PODEDWORNÝ (Bauernpartei) und LECHOWICZ (Demokratische Partei) wiederholten nur mit eigenen Worten, was in den letzten Wochen so oft gesagt wurde. Nach ihnen ergriffen noch die Vertreter der drei katholischen Gruppen das Wort.

Als erster sprach Dr. Stanislaw STOMMA von der Kardinalgruppe "Znak".

"Mit dem Marxisten" - so sagte er - "führen wir Diskussionen und streiten uns. Das resultiert aus weltanschaulichen Unterschieden. Wir sind uns nicht einig über die Kulturprobleme. Den großen sozialen Aufbau dagegen, der die Rückständigkeit überwindet und die Grundmauern für die gesellschaftliche Demokratisierung der breiten Massen bildet, befürworten wir entschlossen. Darin sehen wir ein Fundament für eine neue Epoche."

Die nationale Einheit dürfe nicht durch die Uniformierung verwirklicht werden. Mancherorts träten aber diese Tendenzen in Polen noch auf.

"Menschen engagieren sich, weil sie an eine Sache glauben, weil sie eine gewisse geschichtliche Chance erblicken. Wir engagieren uns... in der Überzeugung, daß in der sozialistischen Welt langsam demokratische Tendenzen aufkommen. Sollte diese Überzeugung sich als ein Irrtum erweisen, so würde unsere Arbeit jeglichen Sinn verlieren."

Die Frage der Beziehungen zwischen Kirche und Staat bezeichnete STOMMA als wichtiges nationales Problem und äußerte den Wunsch nach einer Verbesserung dieser Beziehungen.

"Wir werden uns nach unseren Kräften darum bemühen..."

"Wir wissen gut, daß dieses Problem zwei Seiten hat. Es handelt sich nicht nur um die Haltung der Behörden gegenüber Kirche und Religion, sondern es handelt sich auch um die ... Haltung der Geistlichkeit, der kirchlichen Obrigkeit und der aktiven Katholiken gegenüber staatlichen Angelegenheiten. Wir behaupten nicht, daß es bei diesem zweiten Fragenkomplex keine Schwierigkeiten gibt, daß hier nichts zu verbessern sei. Die Führung des Staates darf selbstverständlich von den Katholiken nicht nur Loyalität, sondern auch eine Engagierung beim wirtschaftlichen Aufbau erwarten,

der dem Wohl der Allgemeinheit dient. Man soll aber auch die Situation der Kirche mit objektiven Augen betrachten."

Schließlich richtete STOMMA einen Appell an die Regierungsstellen, sie sollten die Gespräche mit den Vertretern der Kirche wiederaufnehmen und nach einer Verständigung "im Geiste eines vernünftigen Kompromisses" suchen.

Die Rede des Abgeordneten STOMMA ist von äußerstem Interesse, weil das, was er darin ausgedrückt hat, im gewissen Sinne Tendenzen zeigt, die in der Kirchenleitung herrschen. Allerdings soll man nicht unbedingt das, was STOMMA im Sejm deklarierte, mit der Haltung des Episkopats gleichsetzen. In Warschau ist bekannt, daß unter den Männern um Kardinal WYSZYNSKI Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, wie weit sich die Kirche bei der Unterstützung des Regimes engagieren darf. Man hört in der Umgebung des Kardinals auch Stimmen der Kritik, die an die Adresse des Abgeordneten STOMMA gerichtet sind, weil er eine zu weitgehende Engagierung der Kirche an der Seite des Regimes befürwortet.

Eine bedenkenlose Unterstützung versprach dem Regime der Vertreter der PAX-Organisation. "Gläubige und Ungläubige" seien in Polen davon überzeugt, daß die Beteiligung am sozialistischen Aufbau der beste Ausdruck des polnischen Patriotismus sei. Mit keinem Wort erwähnte der Vertreter der PAX-Gruppe die Tatsache, daß es zwischen Kirche und Staat irgendwelche Differenzen gibt.

Der Christlich-Soziale Vertreter FRANKOWSKI streifte in seiner kurzen Rede dieses Problem. Zu einer Verständigung zwischen Kirche und Staat würde es kommen, wenn "diejenigen, die das Recht für sich in Anspruch nehmen, die Kirche zu vertreten", mehr Beweise erbringen würden, daß sie "auf dem Boden der Verfassung Volkspolens stehen". Mit dieser Feststellung schob FRANKOWSKI den Vertretern der Kirche die Verantwortung für den jetzigen Stand der Dinge zu.

II. Wirtschaft

1) Außenhandel - Zentralproblem des neuen Fünfjahresplanes

Seit mehreren Jahren gestaltet sich die Außenhandelsbilanz Polens ungünstig. Polen importiert mehr, als es exportiert. In diesem Zusammenhang wächst die Verschuldung Polens besonders bei den westlichen Handelspartnern. Eine Steigerung des polnischen Exportes wird daher als eine der wichtigsten Aufgaben des angelaufenen Fünfjahresplanes hervorgehoben. Es fiel auf, daß bei den programmatischen Reden GOMULKAs während der Wahlkampagne und bei der Regierungserklärung CYRANKIEWICZ vor dem Sejm am 13. Mai dieser Frage sehr viel Platz eingeräumt wurde. Einmütig stellten beide polnischen Politiker fest, daß dem Ausbau der Handelsbeziehungen mit den kapitalistischen Ländern viele Schwierigkeiten im Wege stehen. Polen ist an der Steigerung seiner Umsätze mit der westlichen Welt lebhaft interessiert, kann aber nur dann mehr aus diesen Ländern einführen, wenn man ihm ermöglicht, entsprechend mehr zu exportieren.

Die polnische Ausfuhr in die westlichen Länder besteht aus zwei Gruppen von Waren: Agrarprodukte und Maschinen. Was die erste Gruppe betrifft, ist Polen bei den Abnehmern gut eingeführt, ein Ausbau dieses Exportzweiges stößt aber in vielen Ländern auf Schwierigkeiten politisch-wirtschaftlicher Natur (Zollbegünstigungen, Kontingente, Schutzmaßnahmen für die eigene Landwirtschaft usw.). Bei der zweiten Warengruppe gibt es zwar keine politischen Schwierigkeiten, Polen ist aber als Maschinenexporteur in westlichen Ländern so gut wie unbekannt, und daraus ergeben sich Schwierigkeiten rein geschäftlicher Natur.

Ein zweites schwieriges Problem bei den Handelsbeziehungen Polens mit dem Westen bildet die Tatsache, daß Polen (wie auch die anderen Ostblockländern) seine Handelsumsätze mit dem kapitalistischen Ausland für mehrere Jahre im voraus einplanen möchte und daher am liebsten mit seinen westlichen Partnern langjährige Handelsabkommen schliessen würde, die ihm aber in den meisten Fällen verweigert werden.

Polens Wirtschaft ist im Aufbau begriffen und dieser Aufbau kann nicht von so vielen unsicheren Faktoren, wie sie bei den Handelsbeziehungen mit dem Westen auftreten, abhängig gemacht werden.

Was man im Westen nicht bekommen kann wird von östlichen Handelspartnern geboten: Sicherheit, Kontinuität und langfristige Abkommen.

"Viele Leute sind sich nicht völlig darüber im klaren" - meinte GOMULKA in seiner Wahlrede am 18. März - "daß, wenn wir keine Rohstoffe, Maschinen und andere Waren in den sozialistischen Ländern kaufen könnten, unsere Wirtschaft sich nicht vorwärts sondern rückgängig entwickeln würde. Wir könnten, was wir brauchen, nicht in kapitalistischen Ländern kaufen, weil wir einfach nicht imstande wären, dafür zu bezahlen. Für die Einfuhr kann man nur mit Ausfuhr bezahlen. Waren, mit denen wir den Import aus den sozialistischen Ländern bezahlen, könnten wir aber zum größten Teil in den kapitalistischen Ländern nicht absetzen..."

Die bourgeoise Presse schreibt oft, daß Polen sich infolge der Steigerung der Außenhandelsumsätze mit der SU von diesem Land abhängig macht. Wenn verschiedene bürgerliche Politiker sich so viel Sorgen um die Unabhängigkeit Polens machen, so können wir ihnen nur vorschlagen, ihre Regierungen zu veranlassen, Möglichkeiten einer Steigerung unseres Exports in ihre Länder zu schaffen. Wir werden dann sehr zufrieden sein, sie werden ihre Sorge los und auch die SU wird dem beipflichten. Hier könnte man eine vollständige Einmütigkeit erreichen."

2) Aufgaben der Landwirtschaft in den kommenden Jahren

7,7 Mio to Brot- und Futtermittel muß Polen aus dem Ausland importieren und diesen Import mit wertvollen Devisen bezahlen - stellte der Parteichef GOMULKA am 9. April fest, als er eine Wahlrede vor Posener Bauern hielt. Dieser Import ist notwendig, obwohl die polnische Landwirtschaft heute mehr produziert als vor dem Kriege. Damals exportierte zwar Polen Getreide ins Ausland, dies geschah aber - nach Ansicht GOMULKAs - auf Kosten der hungernden Bevölkerung in den polnischen Dörfern und Städten.

16 dz Getreide pro Hektar produzierte die Landwirtschaft im vergangene Jahre. 17,6 dz sollen es im Jahre 1965 sein. Das ist eine Steigerung um nur 10 %, die Erfahrungen haben aber gelehrt, daß man "sehr vorsichtig planen muß". Infolgedessen wird Polen auch in den kommenden fünf Jahren acht Millionen Tonnen Getreide einführen müssen.

Diese Menge läßt sich nur dann verringern, wenn die Bauern die landwirtschaftliche Politik des Staates nach Kräften unterstützen.

In den kommenden fünf Jahren wird man in der Landwirtschaft so viel investieren, wie in den vergangenen zehn Jahren. Es liegt an den Produzenten, ob diese Anstrengung des Staates den erwarteten Erfolg bringt.

Wenn jemand sein Stück Land schlecht bebaut, so ist das nicht mehr seine private Angelegenheit. Im Kampfe gegen die Rückständigkeit in der Landwirtschaft wird der Staat daher auch die Mittel des administrativen Zwanges anwenden, wenn andere Mittel versagen. Ist ein Bauer nicht willig oder nicht imstande (junge Leute ziehen in die Städte, oft bleiben nur ältere Leute zu Hause), sein Stück Land gut zu bebauen, so wird man ihn gegen eine Entschädigung enteignen müssen.

Bauernzirkel sollen den fortschrittlichen Methoden in der Landwirtschaft den Weg bahnen. Die Partei denkt aber nicht daran, diese Bauernzirkel eines Tages durch ein Dekret in Kolchosen umzuwandeln. Das wird weder heute noch in Zukunft geschehen, versicherte GOMULKA den offensichtlich besorgten Zuhörern. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (Kolchosen) haben heute noch keine starke Position in der Landwirtschaft. Die Bauern werden aber "früher oder später" selbst einsehen, daß kollektive Wirtschaft auf genossenschaftlicher Basis ihren Interessen am besten dient.

IV. Polen und das Ausland

1) Warschau und Bonn

Am 21. Januar berief der Parteichef GOMULKA eine Plenarsitzung des ZK ein, um über die Einzelheiten der Moskauer Beratungen der kommunistischen Parteien zu berichten. Er kam auch, wie in jeder seiner Reden seit mindestens 3 Jahren, auf das Problem der polnisch-deutschen Beziehungen. In einem Satz hieß es:

"Wir sind der Ansicht, daß es auf jeden Fall zur Annäherung zwischen Polen und der Deutschen Bundesrepublik beitragen würde, wenn Herr Adenauer die Oder-Neiße-Grenze als die endgültige deutsch-polnische Grenze anerkennen würde."

Aus diesem Satz ging keineswegs deutlich hervor, daß der polnische Parteichef die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Bonn von der Anerkennung der Westgrenze abhängig machen will. Die nächsten Mitarbeiter GOMULKAs, unter ihnen der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ, stellten damals noch entschieden fest, daß die polnische Regierung diese beiden Fragen nicht koppeln wollte...

Schon wenige Wochen später, am 18. März erklärte GOMULKA, in seiner ersten Wahlrede in Warschau unmißverständlich:

"Erst dann (bei klarem Verzicht der Bundesrepublik auf die Oder-Neiße-Gebiete) wird es möglich sein, daß die diplomatischen Vertreter der beiden Regierungen in Bonn und Warschau erscheinen."

Und am 9. April vor den Posenern setzte er noch hinzu:

"Was hätte in Warschau ein Botschafter der Bundesrepublik zu bestellen, wenn er die Haltung der Bonner-Regierung, die unsere Grenzen nicht anerkennt, hier vertreten würde? Sollte er etwa hier revisionistische Propaganda treiben? Einen solchen Botschafter brauchen wir nicht."

CYRANKIEWICZ, der zuerst eine ganz andere Haltung in dieser Frage einnahm, paßte sich schließlich den Ansichten seines Chefs GOMULKA an. In seinem ersten Exposé vor dem neu gewählten Sejm wiederholte CYRANKIEWICZ die schon früher von GOMULKA aufgestellte Bedingung. CYRANKIEWICZ teilte den Abgeordneten weiter mit:

"Ich habe das dem in Warschau weilenden Herrn Beitz mitgeteilt. Bei der Entfesselung der revisionistischen Kampagne, bei der Nicht-Anerkennung unserer Grenzen - was sollte hier ein Botschafter der Bundesrepublik tun? Etwa auf die Änderung der jetzigen Grenze warten?"

Unabhängig davon, was der polnische Ministerpräsident Herrn Beitz mitgeteilt hat, steht fest, daß noch viel später, nach der Unterhaltung mit Beitz, Cyrankiewicz in privaten Gesprächen bestritt, daß Polen auf der Anerkennung der Westgrenze durch die Bundesrepublik bestehen würde.

Aus informierten Warschauer Kreisen konnte man damals auch von Meinungsverschiedenheiten zwischen CYRANKIEWICZ und GOMULKA hören, die gerade die Kopplung der beiden Fragen zum Gegenstand hatten.

Mit sehr ostentativ zur Schau getragener Empörung verurteilte man in Warschau die angeblichen Absichten der Bundesregierung, mit Polen einen Nichtangriffspakt abzuschließen. GOMULKA nahm dazu am 18. März mit folgenden Worten Stellung:

"In diesem Angeboten steckt einfach der Wunsch, daß Polen der Bundesrepublik für ihre Absicht, die DDR zu schlucken, freie Hand gibt. Das wird aber niemals geschehen. Die Sicherheit der DDR ist mit der Sicherheit Polens gleichbedeutend. Jeder Angriff auf Polen müßte mit einem Angriff auf die DDR oder die Tschechoslowakei eingeleitet werden. Daher bedeutet jeder Angriff auf diese Länder einen Angriff auf Polen selbst."

Genau zwei Monate später, am 18. Mai unterstrich der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ vor dem Sejm diese Gedanken:

"Die Konzeption eines Nichtangriffspaktes ausschließlich mit Polen verfolgt einen leicht zu durchschauenden Zweck: Die Frage der Sicherheit Polens von der Frage der Sicherheit der DDR und anderen sozialistischen Staaten zu trennen. Diese Dinge lassen sich aber nicht trennen."